Berliner Tageblatt

XII. Jahrg. Nr. 26

27. Juni 1923

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

Erscheint Mittwoch. Bezugspreis für das Ausland: jährlich: Aegypten 1 £ Sterl., Argentinien 6 Peso p., Belgien 60 Frs., Bolivien 12 Boliv., Brasilien 20 Milreis, Bulgarien 320 Lewa, Chile 20 Peso p., China 1 £ E., Columbien 4 $ U.S.A., Dänemark 18 Kr., Ecuador 4 $ U.S.A., Finnland 100 finn. M., Frankreich 6 Frs., Griechenland 240 Drachmen, Grossbritann. u. Kol. 1 £, Holland 10 Fl., Italien 60 Lire, Japan 8 Yen, Jugoslawien 50 Dinar, Luxemburg 60 Frs., Mexiko u. Kuba 5 $ U.S.A., Norwegen 20 Kr., Paraguay 6 arg. Peso p., Peru 1 Lp., Portugal 60 Escudos, Rumänien 400 Lei, Schweden 14 Kr., Schweiz 20 Frs., Spanien 20 Pesetas, Tschechoslowakei 80 Kr., Türkei 4 türk. Pfd., Uruguay 6 Peso oro, Venezuela 4 $ U.S.A., Verein. Staaten (U.S.A.) 5 $, Zentralamerika 4 $ U.S.A., nach den schwachval. Ländern b.a.w. vierteljährl. 33 000 M. Zeilenpr. (Rud. Mosses Normalzeilenmess. 4) 2500 M. Allein. Anzeigenannahme: Annoncen-Exped. Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Basel, Zürich. Druck und Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berliwoch", Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Der Poincarismus.

Von (Nachdruck verboten.)

Dr. August v. Parseval.

Unter den gegenwärtig amtierenden Ministerpräsidenten Europas geniesst Poincaré mehr als alle seine Kollegen das Vertrauen seines Landes, und daher ist es wohl erlaubt, die jetzige französische Politik mit seinem Namen zu bezeichnen. Zunächst ist diese Politik äusserlich gekennzeichnet durch ein hartnäckiges Bestehen auf dem Vertrag von Versailles. Wir werden allerdings weiter unten sehen, dass sie noch mehr in sich schliesst. Der äussere Anschein aber zeigt zunächst ein Beharren auf Forderungen, die in der übrigen Welt längst als undurchführbar erkannt sind.

Nach welchem Massstab diese Forderungen aufgestellt wurden, ist bekannt: in Friedenszeiten hat Deutschland zuletzt jährlich 6 Milliarden erspart. Dies 30 Jahre lang fortgesetzt, ergibt 180 Milliarden: also so viel kann Deutschland zahlen. Aus besonderer Gnade wurde diese Summe nachträglich auf 132 Milliarden herabgesetzt.

Zunächst aber schädigte man das von dem vierjährigen Weltkrieg erschöpfte und ausgehungerte Land noch soviel als möglich. Man raubte ihm seine Kolonien, seine Handelsflotte und alle im Bereich der Entente befindlichen Vermögenswerte, darunter sogar alles Privateigentum, man verkleinerte Deutschland um wichtige und besonders steuerkräftige Provinzen und erschwerte durch Zollplackereien in jeder denkbaren Weise alle Zahlungsmöglichkeiten.

Diese ganze Politik Frankreichs war von Anfang an unaufrichtig. Denn dass die französischen Sachverständigen das Unsinnige des Versailler Vertrags und die Uneinbringlichkeit der Forderungen nicht hätten einsehen sollen, ist nicht zu glauben. Aber aus parlamentarischen Gründen stellte die französische Regierung ihrer Bevölkerung eine völlige Befriedigung aller Ansprüche in sichere Aussicht, von Ansprüchen, die das Mass des Billigen und Berechten bei weitem überstiegen. So wäre zum Beispiel die Reparationssumme für die zerstörten Provinzen mit etwa 11 Milliarden Goldmark nach deutscher, mit nur 10 Milliarden nach englischer Schätzung mehr als ausreichend bemessen gewesen: um so viel hätte man wenigstens vor dem Krieg die ganze dortige Wirtschaft kaufen können. Aber man hat ein Vielfaches gefordert. Warum nicht? Le boche payera tout.

Hier sei mir ein Gleichnis gestattet: es gibt eine Ameisenart, „Amazonen" genannt, die ein so furchtbares Gebiss haben, dass keine andere Ameise mit ihnen kämpfen kann. Sie machen andere kleine schwarze Ameisen zu ihren Sklaven und lassen sich von ihnen füttern und die Brut besorgen. Das geht so weit, dass die tapferen Krieger im Verlauf der Entwicklung sogar die Fähigkeit, selbständig zu fressen, verloren haben und elend verhungern müssen, wenn man ihnen ihre schwarzen Leibsklaven entzieht. Ein solches Schlaraffenleben stellte die französische Regierung nach dem Kriege ihrem Volk in Aussicht, und nun, nachdem die Entwicklung diese Versprechungen nicht hält, ist allerdings die selbstverschuldete Verlegenheit gross.

In Frankreich gibt es bekanntlich zwei Parteien, eine, die den Wiederaufbau wünscht und zu diesem Zweck möglichst grosse Geldsummen von Deutschland haben will, und eine andere, die zwar auch Geld haben möchte, aber doch nicht in erster Linie, sondern die Deutschland wirtschaftlich und der Bevölkerungszahl nach soviel wie möglich verkleinern will. Das Programm dieser Partei ist aus der extrem nationalistischen Presse zur Genüge bekannt geworden. An der Spitze als Motto steht das Wort Clemenceaus: „Il y en a vingt millions de trop." Ihr sind die erpressten Geldzahlungen ein willkommenes Mittel, den Wiederaufbau Deutschlands zu verhindern, und man hofft, durch Steigerung des Elends in Deutschland revolutionäre Bewegungen zu entfachen, wobei durch Hungersnot und Bürgerkrieg der Ruin der Industrie und die Verminderung der Bevölkerung herbeigeführt werden soll.

Man darf natürlich nicht ohne weiteres behaupten, dass sich Poincaré mit diesem Mordprogramm identifiziert. Wenn man ihn aber nach seinen Reden und Handlungen beurteilt, so muss man zu dem Schluss kommen, dass er das Programm der Vernichtungspartei zu seinem Regierungsprogramm gemacht hat. Denn nicht nur hat er durch völlige Intransigenz bei allen Verhandlungen und durch die Ruhrbesetzung den Kredit Deutschlands so gut wie vernichtet, er hat auch den englischen Vorschlag, Deutschland ein System von Zahlungen aufzuerlegen, das mit seiner Leistungsfähigkeit im Einklang wäre, formell abgelehnt, und er stützt seine Politik auf die eine Behauptung: Deutschland kann zahlen und wird zahlen, wenn man es nur ordentlich bedrückt.

Diese Behauptung ist nicht richtig. In den fünf Jahren seit dem Krieg war die Handelsbilanz passiv. Die Vermögenssubstanz hat sich also jährlich vermindert, einmal durch die notwendigen Zahlungen ans Ausland für Lebensmittel, dann durch die Reparationsleistungen. Die Mark steht auf dem zwanzigtausendsten Teil (!!) ihres Vorkriegswertes; die Einnahmen der Bevölkerung sind aber nicht annähernd im Verhältnis der Geldentwertung gestiegen. Dadurch ist eine allgemeine Verarmung eingetreten, von der nur wenige, die ihr Vermögen in Auslandswerten angelegt haben, ausgenommen sind. Die Reparationsraten können daher nicht aus Steuereinnahmen, sondern nur aus der Vermögenssubstanz bezahlt werden, und wir sehen, dass jetzt die Auslieferung der Vermögenssubstanz unter dem Namen „produktive Pfänder" verlangt wird. So weit aber, dass die Substanz des Reiches hingegeben wird, kann der Erfüllungswille keiner Regierung gehen, und es ist ganz unmöglich, derartige Vorlagen im Reichstag zur Annahme zu bringen.

Nun behauptet Poincaré weiter, dass Deutschland den schlechten Kurs seiner Mark selbst verschuldet habe. Auf den Unterdrückten wirkt es besonders schwer, wenn der Sieger ungerechte Handlungen höhnisch mit falschen Behauptungen begründet. Nein, die Verschlechterung des deutschen Kredits ist eine notwendige Folge der Politik der Entente. Wie ein Land unter diesen Verhältnissen noch irgendeinen Kredit haben kann, ist nicht einzusehen.

Weiter wird uns vorgeworfen, dass Deutschland seinen Verpflichtungen sich absichtlich und böswillig entziehe. Aber je mehr wir bezahlen, um so mehr wird von Frankreich gefordert, und selbst wenn wir heute alles bezahlen könnten, was natürlich unmöglich ist, so würde uns das gar nichts helfen: dann würden, gestützt auf die militärische Ueberlegenheit Frankreichs, die Nachforderungen kommen. Nun ist es eine allgemein menschliche Eigenschaft, dass niemand in ein Fass ohne Boden schöpfen will, und daher kann ein guter Wille Deutschlands nur dann zurückkehren, wenn die Aussicht besteht, sich durch fleissige Arbeit in absehbarer Zeit von der Bürde des Ententetributs zu befreien.

Die gegenwärtige Lage hat auch zur Folge, dass in Deutschland nicht gespart wird. Denn das ersparte Geld wird in kürzester Frist entwertet, und es ist wirtschaftlicher, Waren dafür zu kaufen oder es zu verbrauchen.

Ausserdem sollen wir gegen das friedlich gesinnte Frankreich eine „wütende" Revanchepropaganda betreiben. Ach nein! Diese Propaganda macht — Frankreich selbst, und zwar in erster Linie durch die Reden seines Ministerpräsidenten Poincaré, dann durch seine nationalistische Presse und besonders noch durch das Auftreten des französischen Militarismus im besetzten Gebiet, durch die schwarze Schmach und die Schändung und Ermordung deutscher Frauen durch Neger. Den grössten Hass aber hat Frankreich durch seine Ruhrpolitik erregt, durch das Hasenschiessen, das die französische Soldateska in Bochum gegen harmlose Strassenpassanten jetzt veranstaltet hat, durch die brutalen Austreibungen von Tausenden von friedlichen Familien aus ihren Wohnungen und durch die Einkerkerung Krupps und so vieler anderer.

Nun noch ein Wort über die internationale Anleihe, mittels deren Deutschland, wie man wenigstens bis vor kurzem sagte, die Ansprüche der Entente befriedigen sollte. Bei diesem Vorschlag scheint die sonst so hochgerühmte französische Logik nicht mitgewirkt zu haben. Sicherlich wird kein Bankier der Welt aus Liebe zu den schönen Augen Deutschlands oder Frankreichs einen Groschen geben, so gross auch die militärische Macht Frankreichs zurzeit sein mag, wenn Deutschland nicht kreditfähig ist. Wenn aber Deutschland wieder kreditfähig werden soll, so muss die Anleihe die Priorität vor den Ententeforderungen haben, und die Gesamtforderung an Deutschland muss auf ein vernünftiges Mass herabgesetzt werden. Ausserdem aber muss der Poincarismus mit seinem wirtschaftlichen Amoklaufen aufhören, und Frankreich muss auf das Recht der Sanktionen verzichten. Alles das hat Frankreich entrüstet abgelehnt, und doch sind es Selbstverständlichkeiten, um die kein Mensch, auch kein französischer Ministerpräsident, herumkommt. Aber auch dann wären zunächst nur kleine Anleihen möglich, weil den Geldleuten das Vertrauen in die Stabilität der europäischen Verhältnisse fehlt.

In den letzten Wochen hat nun die deutsche Geldentwertung ein beängstigend schnelles Tempo angenommen. Das letzte Vertrauen des schwer getäuschten neutralen Auslandes ist hingeschwunden. Durch den schrecklichen Valutasturz sind weiteste Kreise des Volkes ins Elend geraten, selbst den grossen Industriewerken ist das Betriebskapital zu knapp geworden, und es besteht ernste Besorgnis, ob es möglich sein wird, die grossen Arbeitermassen zu ernähren und kommunistische Aufstände zu vermeiden, die ja von den Franzosen gewünscht und unterstützt werden.

Frankreich steht nunmehr am Scheideweg: es muss sich entschliessen, ob es den Pfad des wirtschaftlichen Friedens, des Wiederaufbaus und der Versöhnung einschlagen oder ob es den Weg der Vernichtung Deutschlands weitergehen will. Auf diesem letzteren Weg, der die Verwirrung und das Elend in Mitteleuropa zum Aeussersten steigern würde, wird Frankreich aber die anderen Staaten Europas — vielleicht ausser Polen — nicht auf seiner Seite haben. Sollte sich aber Frankreich für die Bahn des Friedens entscheiden, so richte ich die Bitte an die Regierenden, sie möchten sich dann auch wirklich als im Frieden mit Deutschland betrachten und in den internationalen Verkehrsformen einen humaneren Ton annehmen. Insbesondere gilt dies für das besetzte Gebiet, wo die schwarze Schmach und die militärischen Gewalttätigkeiten immer mehr die Beziehungen vergiften.

Die Franzosen bezeichnen sich mit Vorliebe als die grossherzige, ritterliche Nation: Mögen sie endlich auch uns ein kleines Zeichen dieser lobenswürdigen Eigenschaften geben, so wie es die Deutschen im Jahre 1871 ihnen gegenüber in so reichem Masse getan haben!

Rathenau-Gedenkfeier in Berlin. *H. Walter.*

Am 24. Juni, dem ersten Jahrestage der Ermordung Walther Rathenaus, fand im Plenar-Sitzungssaal des Reichstages eine grosse Gedenkfeier statt, an der auch die Vertreter der Reichsregierung teilnahmen. Unser Bild zeigt die Trauerversammlung, die einen Prolog des bekannten Dichters Fritz von Unruh stehend anhört.

Trotz alledem.

Die Lage und die Stimmung im Ruhrgebiet.

Von unserem ins Ruhrgebiet entsandten Sonderkorrespondenten

Paul Scheffer.

Im Ruhrgebiet, Ende Juni.

An dieser Stelle ist von jeher darauf hingewiesen worden, dass die Franzosen planmässig ihre Besetzung des Ruhrgebietes durchführen, mit Sorgfalt die eingeseifte Schlinge ihm um den Hals legen, um sie dann zuzuziehen. Zechenbesetzungen. Streckenbesetzungen sind nach einem Plane vorgenommen worden und standen in gegenseitiger Wechselwirkung. Der enorme Komplex liess sich nicht an einem Tage erobern. Es wurden zwei einander widerstreitende Ziele verfolgt: zur Ausbeutung der Ruhrzechen zu gelangen, zugleich mit dem Fortschritt der Besitzergreifung. Dieses Ziel ist sehr unvollkommen erreicht worden. Ueber die Verstimmung, die in Paris darüber herrscht, besteht kein Zweifel. Allerdings wurde mit grossen Kräften der Abtransport der Kohlen begonnen und gesteigert. Aber je schneller der Abtransport glückt, desto eher kommt der blanke Boden zum Vorschein. Vollkommen missglückt ist durch den Widerstand der Ruhrbevölkerung die Verwertung der aktiven wirtschaftlichen Kräfte des Gebietes für die französische Tasche. Die seit mehr als zwei Monaten eingeforderten Kohlensteuern kamen nicht ein, trotz der schweren Strafen, die kürzlich zum erstenmal verhängt worden sind. Mit der Anwendung der Strafen wurde gezögert, immer wieder, weil das wichtigste produktive Ziel noch immer erreichbar erschien, — das Ziel, dass die Gruben eine nach der anderen zur Förderung für Frankreich übergehen sollten. Das ist nicht eingetroffen, aber wohl das Gegenteil. Das Militär, das alles getan zu haben glaubt, gibt dem Zivil die Schuld: den Ingenieurkommissionen, die wohl viel theoretisch-statistische Arbeit geleistet, aber sich nicht den Weg in die Bureaus der Grubenleitungen und der Betriebsräte gebahnt, nichts Praktisches geleistet haben sollen. Das Zivil hat auch seine Argumente, mit denen es beweist, dass ihm seine Aufgabe unmöglich gemacht worden sei. Das Militär habe die Bevölkerung nicht gerade in die richtige Stimmung versetzt. Psychologische Fehler seien in Menge gemacht worden. Von Anfang an. In den letzten Wochen sind die einzelnen grossen Komplexe zwar militärisch erfasst worden, sie sind abgeschnitten. Aber an der allgemeinen Tatsache ist nichts geändert, dass Frankreichs Ruhrpolitik noch keine sachlichen Ergebnisse gehabt hat, die ihr Vorgehen materiell rechtfertigen könnten: und diese Tatsache drückt schwer auf die Besatzung, auf Paris, auf die Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs, die ihre Taten und ihre Ansprüche auf nichts stützen können, als auf einen Misserfolg. Die offizielle Welt Europas, Deutschland ausgenommen, hat die Höflichkeit oder die Vorsicht gehabt, Frankreichs Recht, sich zu holen, was es sich böswillig vorenthalten glaubte, zum mindesten nicht zu bestreiten. Diese Haltung erschien diesen Staaten nützlich. Aber Frankreich konnte sich keine Minute verhehlen, dass ein Misserfolg seines Zugriffes niemandem ausserhalb der französisch-belgischen Koterie, die dieses ganze Unternehmen ins Werk setzte, unwillkommen sein würde. Es weiss, dass im Grunde sich jedermann darüber freuen würde. Mehr noch. Der eklatante Misserfolg würde seinen Alliierten berechtigen, ihm den Rat zu geben, diesen Versuch mit untauglichen, allen Wirtschaftsverkehr schädigenden Mitteln aufzugeben. Das Eintreten dieser Situation fürchtet Frankreich. Die Fortdauer der passiven Resistenz führt sie notwendig herbei. Infolgedessen neigt die französische Regierung zusehends dazu, alle Rücksichten beiseite zu setzen. Sie meint, dass ihr nichts übrig bleibe, als durch Häufung von Leiden und Druck den moralischen Zusammenbruch der Ruhr und des Rheins herbeizuführen, oder durch den Anblick dieser Vorgänge im übrigen Deutschland, insbesondere in Berlin, den Nervenkollaps zu fabrizieren. Dann könnte sie sagen: „volenti non fit iniuria", auf deutsch: „Sie wollen es selbst!" Die Franzosen müssen unter diesen Umständen ihre Leistungen auf dem Gebiete auf das äusserste steigern, auf dem

Für Holland und Kolonien.